

Kantonsrat will Gemeinden in Sachen Seeuferweg entlasten

Initiative zum Seeuferweg Mit einem Vorstoss wollten drei Kantonsräte erreichen, dass künftig der Kanton allein für den Ausbau des Seeuferwegs aufkommt. Der Rat unterstützt das Anliegen.

Sibylle Saxer

Dass die Gemeinden den Ausbau des Seeuferwegs mitfinanzieren müssen, bremse den Bau von neuen Uferwegabschnitten aus. Dieser Ansicht sind die drei Kantonsräte Jonas Erni (SP, Wädenswil), Thomas Forrer (Grü, Erlenbach) und Thomas Wirhne (GLP, Hombrechtikon). Darum haben sie eine parlamentarische Initiative eingereicht.

Mit dem Vorstoss möchten sie eine Änderung des Strassengesetzes erreichen. Dieses sieht vor, dass sich die betroffenen Gemeinden mit einem Anteil von 20 Prozent an den Planungs- und Baukosten für neue Abschnitte beteiligen. Diesen Passus wollen die drei Parlamentarier ersatzlos streichen. Sie fanden am Montag Gehör im Rat für ihr Anliegen. 87 Ja-Stimmen bedeuten die vorläufige Unterstützung für den Vorstoss.

«Ignorante Haltung der Regierung»

Damit ist nun die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt am Zug. Sie wird nun den Entwurf der Initianten beraten. Danach ist der Regierungsrat am Zug. Circa in einem Jahr dürfte das Geschäft erneut im Kantonsrat beraten werden.

Vorausgegangen war der Abstimmung am Montag eine emotionale Debatte. Erstunterzeichner Jonas Erni warf der Regierung unter anderem eine «ignorante Haltung vor. Betsinahe zehn Jahre ist es her, da habe sich der Kantonsrat, «nach einer langen politischen Odyssee», dazu durchgerungen, jährlich mindestens 6 Millionen Franken im Budget für den Bau von Uferwegen einzustellen, mindestens zwei Drittel davon für den Uferweg am Zürichsee. «Das wäre rechtlich bindend», sagte Jonas Erni. Dennoch seien bis heute keine relevanten Abschnitte realisiert worden. «Das ist, wie wenn ein grüner Baudirektor alle Strassensanierungen blockieren würde.»

Beim Aushandeln des Kompromisses 2012 sei «in letzter Minute eine Kostenbeteiligung der Gemeinden reintgedrückt» wor-

den. «Diese muss nun als Erstes gestrichen werden, damit es endlich vorwärtsgeht», sagte Erni mit Nachdruck.

«Privilegierte Seegemeinden»

Die kritischen Voten aus den Reihen der bürgerlichen Parteien folgten postwendend. Ueli Pfister (SVP, Egg) bezeichnete die Gemeinden vom Zürichsee auf Grund der Zwei-Drittel-Regelung ohnehin als stark privilegiert. Wenn den Gemeinden eine Kostenbeteiligung von gerade mal 20 Prozent zu viel sei, sei ihnen der Seeuferweg offenbar nicht besonders wichtig.

Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen) doppelte nach. Er bezeichnete den Vorstoss als «Mogelpackung». Schon der Titel sei irreführend. Er müsse «keine Mitbestimmung» als «keine Kostenbeteiligung für die Gemeinden» lauten. «Das ist ein verqueres Demokratieverständnis»,

fügte Brunner an. «Über die Kampfers sollen die Stimmbürger befinden, nicht aber über den Seeuferweg vor ihrer Haustüre.»

Brunner stellte zudem die Hypothese in den Raum, es sei ein spezifisches Partikularinteresse der Stadt Wädenswil, das den Anlass für den Vorstoss gegeben habe. «Weil da ein Abschnitt umstritten ist, wollen die Initianten einen vom Kantonsrat mühsam erarbeiteten Kompromiss sabotieren.»

«Nicht die Gemeinden aushebeln»

Er spielte damit auf das 840 Meter lange Verbindungsstück zwischen dem Seeplatz in Wädenswil und der Giessenhalbinsel an. Das entsprechende Projekt ist schon ziemlich konkret, die Kosten werden mit 20 Millionen beziffert. Gemäss dem Strassengesetz müsste die Stadt Wädenswil 4 Millionen davon übernehmen.

Thomas Forrer (GP, Erlenbach), der die parlamentarische Initiative mitunterzeichnet hat, antwortete den Gegnern Verve in der Argumentation. Er stellte jedoch klar, die Mitbestimmung der Gemeinden müsse keineswegs an deren Kostenbeteiligung gekoppelt werden. «Es geht sicher nicht darum, die Gemeinden auszuhebeln.»

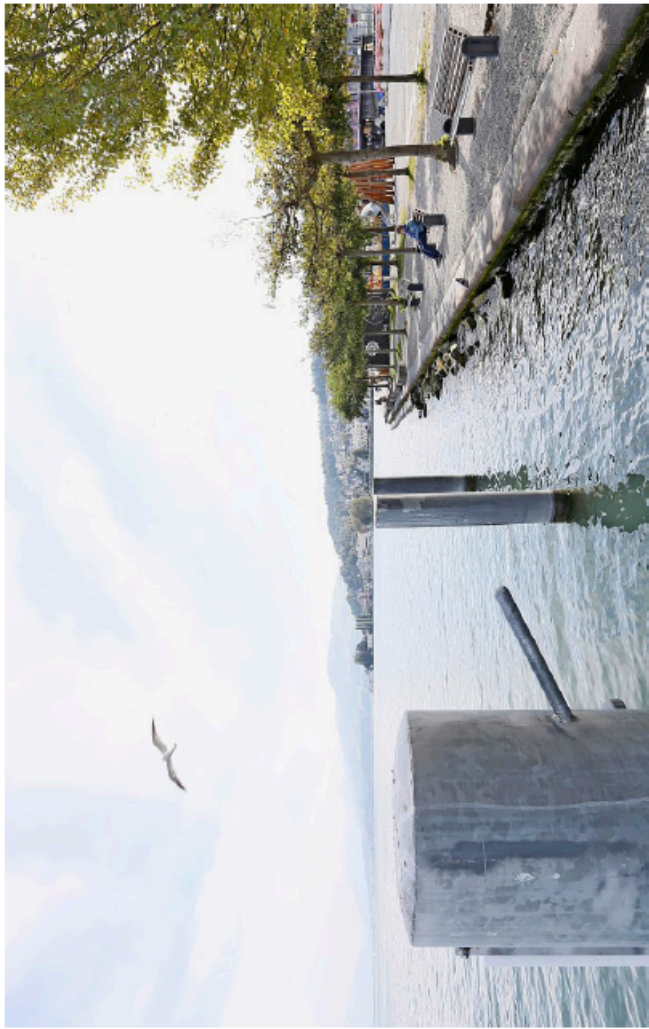
Er betone, ein durchgehender Seeuferweg – zwischen Bellevue und Feldbach sowie Bürkliplatz und Richerswil – sei im kantonalen Richtplan eingezeichnet, es handle sich um eine kantonale Verbindung. «Wenn die Lücken im Seeuferweg nicht geschlossen werden, ist das, wie wenn Strassen, Wander- und Velowege an den Gemeindegrenzen einfach abbrechen würden.»

«Politische Notwendigkeit zu handeln»

Eine Argumentation, der sich mit 87 Ratsmitgliedern schliesslich deutlich mehr als die 60 nötigen

anschlössen. Erstunterzeichner Jonas Erni zeigte sich im Anschluss an die Abstimmung erfreut: «Damit sind wir einem durchgehenden Seeuferweg einen kleinen Schritt näher gekommen. Ich hoffe, dass die Regierung nun die politische Notwendigkeit zu handeln erkennt.»

Den Vorwurf, sein Antriebs sei ein Wädenswiler Partikularinteresse, kontert der Initiant vehement: «Das ist das schlechteste Argument, das ich am Montag im Rat gehört habe.» Er sei der Seeuferweg nicht nur für die Gemeinden am See. «Wanderwege, egal ob der Seeuferweg oder ein Weg in Siermenberg, sind für alle da.» Zweitens sei der Abschnitt zwischen dem Seeplatz und der Halbinsel Giessen in Wädenswil nicht per se umstritten. «Umstritten ist, ob sich Wädenswil in der aktuellen Lage 4 Millionen Franken leisten kann. Dieses Problem können wir mit der Gesetzesänderung lösen.»



Für künftige Abschnitte des Seeuferwegs – wie jenen zwischen dem Seeplatz Wädenswil und der Giessenhalbinsel (im Bild) – soll der Kanton allein aufkommen. Einen entsprechenden Vorstoss hat der Kantonsrat am Montag vorläufig unterstützt. Archivfoto: Metz-Hager